

Lateinamerikas historische Legate, einschließlich seiner grundlegenden politischen und philosophischen Konzepte, sind seit Jahrhunderten durch Europa geprägt. Unabhängig von der Qualität der europäischen Politik gegenüber Lateinamerika hatte der alte Kontinent selten Schwierigkeiten, Lateinamerika als Teil der eigenen Welt anzusehen – als den “äußersten Westen”.ⁱ Von Europa sind immer wieder Impulse zur Unterstützung einer lateinamerikanischen Identität ausgegangen. Weder wäre der ab 1960 angelaufene lateinamerikanische Integrationsprozess ohne eine massive und im einzelnen konkrete europäische Unterstützung vorangekommen, noch hätten sich ins Gewicht fallende lateinamerikanische Institutionen mit internationaler Repräsentation (Rio-Gruppe, Lateinamerikanisches Parlament) ohne bewusst von Europa aufgebaute Partnerschaften durchgesetzt. Heute stellen die Beziehungen Europas zu Lateinamerika ein fest etabliertes Kapitel in den Außenbeziehungen der EU dar.

Zur Entwicklung dieser Dimension trug zweifelsohne der Beitritt der iberischen Halbinsel 1986 bei. Mit der Integration der beiden südwesteuropäischen Staaten in die Europäischen Gemeinschaften erlangte Europa eine beträchtliche Erweiterung seiner kulturell-historischen und nicht zuletzt politischen Perspektive. Spanien und Portugal brachten infolge ihrer ausgedehnten Kolonialpolitik jahrhundertalte, wenngleich durchaus nicht spannungsfreie Beziehungen zum südamerikanischen Raum ein. Dieses Legat in seinen kulturellen, historischen und politischen Ausformungen fand Eingang in die Gestaltung der Außenbeziehungen der EG, womit der südamerikanische Raum erstmals wieder dauerhaft in das Blickfeld der Europäer rückte, aus dem er in den sechziger und siebziger Jahren infolge der Abkoppelung der südamerikanischen Staaten durch Importsubstitution, *Cepalismo* und marxistische Konzeptionen zusehends verschwunden war.

Spanien und Portugal verlagerten im Zuge ihres Beitrittes zur EG ihr nationalstaatliches Interesse an den ehemaligen Kolonien auf die europäische Ebene und verliehen dem europäisch-lateinamerikanischen Dialog neues Leben. Der politische Wandel in den achtziger und neunziger Jahren, der sich mit der Ablösung der Militärregime und einer fortschreitenden Demokratisierung

vollzog, führte ebenfalls zu einem verstärkten Aktivismus in den Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika. In der Folge kam es zu einer Welle von bilateralen Abkommen, die zwischen der EU und lateinamerikanischen Staaten abgeschlossen wurden und zur Anerkennung der Rio-Gruppe in Rom 1990 als außenpolitische Vertretung führten. Dieses Dialogforum auf höchster politischer Ebene zwischen den Staats- und Regierungschefs sollte eine neue Dynamik in den Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten entfalten. Schlüsselinstrumente waren die Programme zur technischen und finanziellen Assistenz, die bilateralen Abkommen und in der Folge die Installation von Delegationen der Europäischen Kommission in nahezu allen lateinamerikanischen Staaten. Im Zuge der Intensivierung des europäisch-lateinamerikanischen Dialogs vollzog sich ein wichtiger Quantensprung in Form des ersten Gipfeltreffens zwischen der EU und Lateinamerika bzw. der Karibik im Juni 1999 in Rio de Janeiro. Dieses Treffen bildete den Auftakt für ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten.

Die Bedeutung Spaniens als politischer und kultureller Interlokutor in diesem Zeitraum ist zweifelsohne beträchtlich und trug wesentlich zu einer Profilierung des iberischen Staates innerhalb Europas bei. Angesichts der ursprünglichen Zurückhaltung einiger EG-Mitglieder gegenüber einer Mitgliedschaft der iberischen Halbinsel in den Europäischen Gemeinschaften, hatte Spanien ein genuines Interesse, sich als konfiabler Partner zu erweisen und seinen Status innerhalb der Gemeinschaft zu stärken. Der Einfluss Spaniens in dieser ersten Etappe war von grosser Bedeutung für die weitere Ausformulierung und Konzeptualisierung der biregionalen Beziehungen; von mindestens ebensolcher Signifikanz war allerdings die Rolle der europäischen Institutionen, primär des Europäischen Parlaments, das vor allem im Hinblick auf die Konflikte in Zentralamerika in den achtziger Jahren eine prominente Rolle einnahm. In Form von permanenten Deklarationen wurden diktatorische Regime, Bürgerkriege und Repression verurteilt. Begleitet wurde der parlamentarische Aktionismus von einem verstärkten Fokus der Europäischen Kommission auf die Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika, der sich vor allem unter den spanischen Kommissaren Marin und Matutes vollzog. Die Partnerschaft mit der Rio-Gruppe 1990 legte das Fundament für einen permanenten

Ministerialdialog und leistete einen wichtigen Beitrag zur Etablierung einer institutionellen Kontinuität im europäisch-lateinamerikanischen Beziehungsgeflecht.ⁱⁱ Die Rolle der europäischen Institutionen im biregionalen Annäherungsprozess ist neben der nationalstaatlichen Ebene, die sich primär auf die iberische Halbinsel konzentriert, von grundlegender Bedeutung für die Verankerung des Dialogs auf der übergeordneten europäischen Ebene. So übernahmen vor allem die belgischen, deutschen, italienischen, portugiesischen und spanischen Ratsvorsitze den Fokus auf die Beziehungen zu Lateinamerika in ihren Ratsvorsitzagenden, während Staaten wie Frankreich oder Grossbritannien eine andere Akzentuierung in den Aussenbeziehungen der EU verfolgten. Wenngleich es nicht Aufgabe des Ratsvorsitzes ist, nationale Interessen auf der Agenda des Rates zu plazieren, sondern einen Rahmen zur Fortführung bestehender Integrationsprozesse zu schaffen, bleibt dem Vorsitzführenden Staat ein gewisser Spielraum zur Fokussierung bestimmter Themen. Unter Kommissar Marin kam es zu einer kompletten Neugestaltung der Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika, und ab der deutschen Ratspräsidentschaft 1994 etablierte sich das politische Fundament für einen vertieften Dialog zwischen den beiden Regionen.

Spanien übernahm in diesem Prozess eine Protagonistenrolle, was einerseits Ausdruck seiner konsolidierten Demokratie und seiner Fähigkeit zur Umsetzung aussenpolitischer Interessen ist; andererseits manifestiert sich darin auch die Erkenntnis, dass Spanien ein Teil Europas ist und diese geografische Zugehörigkeit die Integration Spaniens in die EG als natürlichen Prozess mit Konsequenzen bedingt, die an einem Wandel der Interessen Spaniens im politischen und auch wirtschaftlichen Bereich festzumachen sind. Damit war auch die jahrzehntelange Debatte um die alternative Ausrichtung der spanischen Außenpolitik -hin zu Lateinamerika oder zu Europa- zu Ende. Spanien hatte eine Synthese derart gefunden, indem das Land seine traditionelle Brückenfunktion gegenüber Südamerika in die Europapolitik einbrachte.

Die Rolle Spaniens in den EU-Lateinamerika Beziehungen

In einer viel beachteten Rede vor dem bolivianischen Parlament im Juli 2000 brachte der spanische König Juan Carlos das Selbstverständnis des iberischen Staates auf den Punkt: "España es, a la vez, una nación europea y americana" (Spanien ist gleichzeitig eine europäische und amerikanische Nation). Dieser Kommentar ist Ausdruck einer Realität, die sich über die Jahrhunderte entwickelte. Bis zu Beginn der neunziger Jahre waren die historischen, kulturellen und emotionalen Bande zwischen Spanien und Amerika einerseits eng; politisch, wirtschaftlich und kommerziell jedoch unterentwickelt. Heute sieht die Lage anders aus. Einerseits haben sich die politischen Beziehungen konsolidiert; Spanien unterhält mit allen demokratischen Staaten unter Anerkennung der Grund- und Menschenrechte sowie der Rechtsstaatlichkeit auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens einen ständigen politischen Dialog. Andererseits ist Spanien nach den USA der wichtigste Investor in Lateinamerika. Auf diesem Fundament entstand die 1991 gegründete Iberoamerikanische Staatengemeinschaft. Spanien hatte daher aus nachvollziehbaren Gründen ein grundlegendes Interesse an der erfolgreichen Abhaltung des 2. europäisch-lateinamerikanischen Gipfeltreffens 2002 in Madrid.

Die spanische EU Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2002

Eines der Hauptereignisse unter spanischer EU-Präsidentschaft war das Gipfeltreffen in Madrid zwischen der Europäischen Union und den Staaten Lateinamerikas und der Karibik. Beim ersten Gipfel im Juni 1999 in Rio de Janeiro unter deutscher EU-Präsidentschaft bezeugten die Staats- und Regierungschefs der teilnehmenden Länder den Willen zur Errichtung einer strategischen Partnerschaft zwischen den beiden Regionen. Der Gipfel von Madrid war Anlass zur Wiederbelebung dieses Prozesses. Die Kooperation in allen Bereichen sollte vorangetrieben und vertieft sowie der politische Dialog zwischen den beiden Regionen auf höchster Ebene verstärkt werden.

Neben der üblichen Rhetorik der Gipfeldiplomatie, die oft nur wenig Substanz hat, war die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens zwischen der EU und Chile das sichtbarste Ergebnis. Damit ist Chile nach Mexiko (2000) das zweite lateinamerikanische Land, das erfolgreich ein "Freihandelsabkommen plus" mit der EU etabliert hat. Dies ist um so bemerkenswerter, als auch in diesem Prozess, ebenso wie im Falle des Mercosur, unterschiedliche Interessen im Agrar- und Fischereisektor eine zentrale Rolle gespielt haben. Zwar erwiesen sich die Verhandlungen im Fischereisektor aufgrund der hartnäckigen spanischen Positionen als zäh, aber dennoch gelang ein Kompromiss.

Das Assoziationsabkommen enthält auch eine umfassende Demokratieklausele und die Verpflichtung zu einer engeren politischen Abstimmung zwischen der EU und Chile. Angesichts der festen Beziehungen des Landes zu den USA wird hier auch politisch ein Gegengewicht gebildet. Dies führte bereits im Falle der Abstimmung über die amerikanische Irakpolitik 2003 zu ernststen Spannungen zwischen Santiago und Washington, da Chile im VN-Sicherheitsrat als Nichtständiges Mitglied sich gegen die Position der Vereinigten Staaten stellte. Erregte Stimmen aus der Politik des Landes fürchteten um ein Scheitern der bereits weit fortgeschrittenen Verhandlungen zum Abschluß eines Freihandelsabkommens zwischen Chile und den USA. Letztlich mußte Chile seinen Botschafter bei den Vereinten Nationen auf Druck der amerikanischen Administration auswechseln und nach Argentinien versetzen.

Bislang hat es Chile geschickt vermieden, sich in die lateinamerikanischen Regionalbündnisse wie den Mercosur einzubinden. Das Land möchte jedoch nicht den gleichen Eindruck wie Mexiko erwecken, es sei an einer Loslösung aus dem regionalen lateinamerikanischen Umfeld interessiert. Von Abschottung könnte keine Rede sein, heißt es deshalb offiziell: "Daß wir schneller (mit der EU) zu einem Ergebnis gelangt sind, liegt daran, dass es für die EU einfacher ist, mit einem Land als mit vier Ländern gleichzeitig zu verhandeln. Vor allem wenn man die Situationen in einigen Mercosur-Ländern betrachtet", betonte der chilenische EU-Botschafter Alberto van Klaveren. Entgegen der europäischen Rhetorik vom Dialog zwischen Staatengruppen ist es Mexiko und jetzt auch

Chile gelungen, im Alleingang ein Freihandelsabkommen plus mit der EU abzuschließen.

Der Gipfel von Madrid war angesichts des Assoziiertenstatus, der für Chile erzielt wurde, ein relativer Erfolg, da das europäisch-chilenische Abkommen sozusagen als Kompensation für das Nichtzustandekommen einer Übereinkunft mit dem Mercosur beträchtlich hochstilisiert wurde. Das geschlossene Abkommen diente sowohl Spanien als auch der EU als Symbol für das europäische Engagement in der Region allgemein. Dass ein Abkommen mit Chile einfacher zu erzielen wäre, stand stets fest: Als Einzelstaat gab es weniger bürokratische Hürden zu überwinden; als kleinerer Staat mit einer weniger entwickelten Industriebasis und einem traditionellen Agrarprofil waren Handelsangelegenheiten im allgemeinen weniger konfliktiv, wenngleich auch hier Schwierigkeiten vor allem im Wein- und Fischereisektor auftraten; als in die internationale Arbeitsteilung integrierte offene Volkswirtschaft waren die Debatten mit Chile über die Rolle des Marktes und ausländischer Investitionen politisch weniger belastet. Die letzten Schwierigkeiten wurden im Mai – kurz vor dem Gipfeltreffen in Madrid – beseitigt, als man sich auf ein Abkommen zum freien Handel für Wein einigte, wobei die Chilenen auf Bezeichnungen, die zu einer Verwechslung mit europäischen Produkten führen könnten (z.B. Reserva oder Chateau) verzichteten. Chilenischer Wein sollte eindeutig als Wein der Neuen Welt vermarktet werden, um so nicht direkt mit europäischen Produkten in Wettbewerb zu treten. Auf dem Gipfel von Madrid wurde das Abkommen zwischen der EU und Chile schließlich zum Paradestück des gesamten Gipfeltreffens und übertraf etliche Erwartungen. Im Vergleich zu einem größeren Abkommen mit dem Mercosur sahen viele in einer chilenisch-europäischen Übereinkunft eine Vorbildfunktion für andere lateinamerikanische Staaten. Ursprünglich waren die komplizierten Verhandlungen an die Beratungen mit den Ländern der Mercosur Gruppe gekoppelt. Das Ergebnis des Verhandlungsprozesses ist das momentan weitreichendste und umfassendste Abkommen, das die EU jemals mit einem Nichtbeitrittskandidaten abgeschlossen hat.

In der gemeinsamen Erklärung des Präsidenten des Europäischen Rates, des chilenischen Präsidenten und des Präsidenten der Europäischen Kommission, wurde das Abkommen als „the most ambitious and innovative.... ever for a bilateral agreement of this kind by the European Union as well as Chile“ beschrieben.ⁱⁱⁱ

Veränderungen in Spaniens außenpolitischen Prioritäten

Das Abkommen verdeutlicht einen internen Wandlungsprozeß in Spanien. Der Verhandlungsverlauf zeigt einen Rückzug Spaniens aus seiner Rolle als Anwalt für Lateinamerika –als *puente* zum Süden-, der Ergebnis seiner fortschreitenden Europäisierung der außenpolitischen Agenda ist. Spanien orientiert sich zusehends im europäischen Raum und konzentriert seinen Fokus innerhalb der EU einerseits auf den Mittelmeer-Dialog, dessen Etablierung eine dringende geopolitische Notwendigkeit für Spanien darstellt. Andererseits erkannte der iberische Staat das Potential und die politische Präeminenz der bevorstehenden Osterweiterung und engagierte sich in den vergangenen Jahren verstärkt in diesem Raum. Obgleich Spanien über keine historisch gewachsenen Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas verfügt und somit auch auf keinem bilateralen Netzwerk politischer Verbindungen aufbauen konnte, ist dies ein deutlicher Beweis für neue außenpolitische Prioritäten. Die Fürsprecherrolle für den lateinamerikanischen Raum wandelte sich im Laufe der Entwicklungen der neunziger Jahre zusehends. Dies belegen die spanischen Ratsvorsitzprogramme in ihrer Ausgestaltung. Der lateinamerikanische Raum büsste für Spanien an politischer Bedeutung ein.

Die Einbindung Chiles in den Weltmarkt - das Abkommen zwischen Chile und der EU

Wenngleich Chile ein vergleichsweise kleiner Vertragspartner und keinesfalls repräsentativ für den gesamtlateinamerikanischen Raum ist, enthält das Abkommen etliche Aspekte, die übertragbar auf andere Kooperationsübereinkünfte zwischen Europa und Lateinamerika sein könnten. Der Fall Chile ist insofern speziell, als der Andenstaat seit jeher einen sehr

individuellen Kurs in seiner Außen- und Außenwirtschaftspolitik verfolgt hat und sich nur wenig in die Schemata der regionalen Integration im südlichen Kegel einfügen lässt. Chiles jüngere Außenpolitik ist gekennzeichnet durch einen starken Bilateralismus, den das Land vor allem gegenüber den USA und Europa verfolgt hat. Aufgrund der stabilen, prosperierenden Volkswirtschaft orientierte sich Chile primär an einem Ausbau der Beziehungen zu ökonomisch sicheren Industrienationen mit ihren nachfragekräftigen Verbrauchern. Vor allem die degressive Zollpolitik veranlasste das Land zu Zurückhaltung bei Integrationsbemühungen gegenüber dem Mercosur, in dem der Außenzoll wesentlich höher als in Chile ist. Chile verfügt heute über eine große Zahl bilateraler Handelsabkommen. 1991 wurde das erste Freihandelsabkommen mit Mexiko geschlossen; diesen folgten Abkommen mit Venezuela (93), Kolumbien (94), Ekuador (95), Peru (98) sowie Handelsabkommen mit weiteren Staaten und Integrationsblöcken Lateinamerikas. Seit 1996 ist Chile assoziiertes Mitglied des Mercosur; 1999 wurde ein Freihandelsabkommen mit mittelamerikanischen Staaten geschlossen.

Parallel dazu wurden auch die Beziehungen zu anderen Regionen gestärkt. Darüberhinaus fiel der Blick bei der Suche nach neuen Märkten zunehmend auch auf die asiatischen Pazifikanrainer. 1994 wurde Chile Mitglied der APEC (Asian-Pacific Economic Cooperation). Vor kurzem konnten zudem die Verhandlungen über einem Freihandelsvertrag mit Südkorea erfolgreich abgeschlossen werden. Nachdem Chile über die Freihandelsverträge mit Kanada (96) und Mexiko schon eine „heimliche“ Integration in die NAFTA gelungen war, konnte 2003 auch der lang ersehnte Freihandelsvertrag mit den USA unter Dach und Fach gebracht werden.^{iv}

Sobald auch diejenigen Abkommen, die sich zur Zeit noch im Ratifizierungsprozeß befinden, in Kraft treten, wird das Land mit seinen 15 Mio. Einwohnern über einen Exportmarkt von 1,2 Milliarden potenziellen Konsumenten verfügen, zu dem chilenische Produkte bevorzugt Zugang haben bzw. in naher Zukunft komplett zollfrei eingeführt werden können. Das bedeutet eine Erweiterung des eigenen Marktes um das 80-fache.

Dass die chilenische Außenwirtschaftspolitik von den lateinamerikanischen Partnern nicht immer mit Wohlwollen gesehen wird, zeigt sich mehr oder weniger deutlich auch an den Verhandlungen zur Errichtung einer gesamthemisphärischen Freihandelszone, der ALCA, die nach Auffassung der USA bis 2005 in Kraft treten sollte und innerhalb Lateinamerikas zu divergierenden Positionen führt. Auf dem Amerikagipfel im Januar 04 in Monterrey setzte sich dann auch Brasilien mit Unterstützung Venezuelas dahingehend durch, daß in den Abschlussdokumenten zur Errichtung der ALCA kein Datum aufgenommen wurde. Die US-Administration muß daher die ehrgeizigen Zeitvorgaben zurückstellen.

Chile besitzt mit praktisch allen Ländern der ALCA Region Handelsabkommen. So ist das Interesse Chiles an einem ALCA-Abkommen, das in seiner Reichweite weit hinter seinen bilateralen Verträgen zurückbleibt, fraglich. Auf den letzten Mercosur Gipfeln wurde mehr oder weniger offen der Vorwurf laut, Chile wolle seinen bevorzugten Zugang zum US-Markt nicht mit seinen lateinamerikanischen Nachbarn teilen. Chile selbst beteuert indes das Gegenteil. Im Rahmen vom ALCA könne man seine vielfältigen Abkommen unterschiedlichster Reichweite unter einem gemeinsamen Dach zusammenführen. Mit dem Mercosur und dem Andenpakt, mit denen man lediglich Zollsenkungsabkommen besitzt, könne man im Rahmen vom ALCA auch in den Bereichen Investitionsschutz, Dienstleistungen und öffentliches Auftragswesen Fortschritte erzielen. Außerdem könne das Land von einheitlichen Handelsprinzipien und klaren Spielregeln für den gesamten amerikanischen Kontinent nur profitieren.

Der Verhandlungsprozeß zwischen Europa und Chile

Die Europäische Union hat nach Ende der Militärherrschaft 1990 ihre Entwicklungszusammenarbeit mit Chile wieder aufgenommen. Das Inkrafttreten des Assoziationsabkommens wird die Zusammenarbeit deutlich verstärken. Beide Seiten haben vereinbart, die Entwicklungskooperation in drei Bereichen zu intensivieren: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der chilenischen Wirtschaft, Modernisierung der öffentlichen Verwaltung einschließlich

Dezentralisierung sowie Umwelt- und Ressourcenschutz. Das gemeinsame Ziel des Programms besteht darin, die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen durch eine Vielzahl verschiedener Projekte und Angebote so zu verbessern, dass sie auf den internationalen Märkten kompetitive Exportprodukte anbieten und sich in die Weltwirtschaft integrieren können. Der handelspolitische Teil ist nach erfolgter Ratifizierung durch das chilenische und Europäische Parlament seit 2003 in Kraft. Da Außen- und Entwicklungspolitik nicht vergemeinschaftet sind, bedürfen die Kapitel über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit und den politischen Dialog der Ratifizierung durch die Mitgliedschaften der EU. Dieser Prozeß wird voraussichtlich erst Ende 2005 abgeschlossen sein. Das Ziel der Errichtung eines politischen und wirtschaftlichen Assoziationsabkommens zwischen der EU und Chile wurde 1996 in einem Rahmenabkommen zur Kooperation formuliert. Auf der Grundlage dieses Abkommens präsentierte die Europäische Kommission im Juli 1998 Verhandlungsdirektiven. Am 1. Europäisch-Lateinamerikanischen Gipfeltreffen in Rio de Janeiro im Juni 1999 (unter deutscher EU-Präsidentschaft) wurde in einer gemeinsamen Deklaration das Ziel, i.e. die Errichtung einer politischen und wirtschaftlichen Assoziation bestätigt. Die Richtlinien wurden vom Rat für Allgemeine Angelegenheiten am 13.9.1999 offiziell angenommen.

Die Verhandlungen

Die Verhandlungen zwischen der EU und Chile begannen am 24.11.1999 im Zuge des ersten Treffens des Gemeinsamen Rates EU-Chile. In zehn Verhandlungsrunden gelangten beide Seiten schliesslich zum heute vorliegenden Assoziationsabkommen. Die Schlussfolgerungen der Verhandlungen wurden am 26.4.2002 bekanntgegeben und im Rahmen des 2. Europäisch-lateinamerikanischen Gipfeltreffens in Madrid im Mai 2002 – vor allem auf Drängen des spanischen Ratsvorsitzes – der europäischen und chilenischen Öffentlichkeit präsentiert. Der Vorsitzende des Europäischen Rates, José Maria Aznar, der chilenische Präsident, Ricardo Lagos, und der Präsident der Europäischen Kommission, Romano Prodi, unterzeichneten eine Gemeinsame Erklärung, in der die Schlussfolgerungen der Verhandlungen

bestätigt wurden.^y Das EU-Chile-Abkommen wurde am 18.11.2002 unterzeichnet und vom Europaparlament beschlossen. Anschliessend begann der Ratifizierungsprozeß im chilenischen Kongress und Senat, der am 14. Januar 2003 vollendet wurde.

Implementierung

Der Grossteil des Abkommens ist seit 1. Februar 2003 in Kraft. Dazu zählen Massnahmen im Handelsbereich – und hier vor allem der Warenverkehr, das öffentliche Auftragswesen, Wettbewerb und Streitschlichtungsmechanismen. Die übrigen Bereiche – politischer Dialog, einige handelspolitische Ausnahmen wie Dienstleistungen, Kapitalverkehr, Rechte auf geistiges Eigentum und der Grossteil des Kooperationsbereiches, werden erst nach Ratifizierung des Abkommens durch die nationalen Parlamente der europäischen Mitgliedsstaaten in Kraft treten. Obwohl die Europäische Union nach den Wahlen zum Europaparlament 2004 um 10 neue Staaten erweitert wird, ist das durch die Parlamente der Mitgliedsstaaten vor der Erweiterung ratifizierte Vertragswerk als „acquis communautaire“ von den beitretenden Ländern zu übernehmen.

Inhalt

Das Assoziationsabkommen ist ein umfassendes Dokument, das die Hauptaspekte in den Beziehungen zwischen der EU und Chile abdeckt, i.e. politische Beziehungen, Handelsbeziehungen und Kooperation.

Die Achtung demokratischer Prinzipien, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit sind essenzielle Elemente des Abkommens. Die Förderung von nachhaltiger wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung sowie gerechte Verteilung, der aus dem Assoziationsabkommen zu erwartenden Gewinne sind die Grundprinzipien seiner Implementierung.

Das Handelskapitel des Abkommens deckt einen sehr weiten Bereich ab. Zu betonen ist, dass Chile und die EU ein sehr ehrgeiziges und innovatives

Abkommen erzielt haben, das weit über die jeweiligen WTO-Verpflichtungen hinausgeht. Es sieht die Errichtung einer Freihandelszone vor im Zuge einer progressiven und reziproken Liberalisierung des Warenverkehrs, Der maximale Übergangszeitraum beläuft sich auf zehn Jahre. Dann ist ein Liberalisierungsgrad von 97, 1% im bilateralen Handel erreicht, wobei dies nach Sektoren variiert: Der Industriebandel wird zu 100% liberalisiert sein, während der landwirtschaftliche Handel bis zu 80,9% und der Handel im Fischereibereich bis zu 90,8% frei zugänglich sein werden. Das Abkommen beinhaltet zudem freien Austausch von Dienstleistungen und stellt den geeigneten Rahmen für die Liberalisierung von Investitionen, laufenden Zahlungen und Kapitalverkehr dar. Weiters enthält es Regelungen zum Wein- und Spirituosenhandel, Handel mit Tieren und Tierprodukten, Pflanzen, pflanzlichen Produkten sowie Vorkehrungen im Zollbereich, Standards, technische Bestimmungen und Konformitätsassessmentprozesse. Es sieht die gegenseitige Öffnung des öffentlichen Auftragswesens vor sowie den adäquaten und effektiven Schutz von geistigem Eigentum. Maßnahmen zur Kooperation, Konsultation und zum Austausch von nichtvertraulicher Information zwischen Wettbewerbsbehörden beider Seiten sowie ein autonomer, rascher und effizienter Streitbeilegungsmechanismus auf Grundlage der WTO-Regeln sind ebenfalls Bestandteil.

Die Vorkehrungen im politischen Kapitel des Assoziationsabkommens beinhalten eine Stärkung des politischen Dialogs zwischen der EU und Chile. Die Positionen sind zwischen den beiden Partnern abzustimmen; ebenso sind gemeinsame Initiativen in internationalen Foren vorgesehen. Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus ist ein weiteres Element im Kooperationsbereich. Der ständige politische Dialog zwischen der EU und Chile vollzieht sich auf Ebene der Staats- und Regierungschefs, den Außenministern und hohen Beamten. Dieser Dialog wird im Zuge des neuen Abkommens intensiviert auf der Grundlage gemeinsamer Werte (Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie). Zudem ist ein institutionalisierter Meinungs-austausch zwischen dem chilenischen Nationalkongress und dem Europäischen Parlament vorgesehen sowie eine stärkere Zusammenarbeit zwischen europäischen und chilenischen Nichtregierungsorganisationen. Das Abkommen beinhaltet auch die Implementierung zahlreicher Projekte. 2001 wurde eine neue

Kooperationsstrategie für den Zeitraum 2000-2006 gemeinsam mit der chilenischen Exekutive auf der Grundlage von 34.4 Mio. EURO formuliert.^{vi}

Diese neue Strategie beinhaltet zwei grundsätzliche Herausforderungen für Chile:

- Eine Überwindung der übermäßigen Konzentration im Produktions- und Exportbereich auf einige wenige Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte
- Verbesserungen in Richtung einer gleicheren Vermögens- und Einkommensverteilung

Im Bereich der Zuwendungen sieht die neue Strategie eine Aufteilung der Mittel auf folgende Sektoren vor:

- 59% für wirtschaftliche Zusammenarbeit und technologische Innovation.
- 32.5% für den Ausbau der Kapazitäten zur Förderung der sozialen Gleichheit
- 8.5% für Massnahmen im Bereich des Umweltschutzes und der natürlichen Ressourcen.

Europäisch – lateinamerikanische Identitäten

Die Erforschung der Natur von Identitätsansprüchen sowohl auf europäischer als auch auf südamerikanischer Seite liefert einen Teil der Erklärung für die im Zeitablauf fortgeschrittene, abnehmende und sich wieder verstärkende Bedeutung Lateinamerikas für die EU. Ein weiterer Bereich ist die Diskussion des Stellenwerts von Identität in den Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika.

Die Bedeutung von Identität zur Erklärung der Beziehungen Europa - Lateinamerika ist allgemein unterbewertet. Europa und Lateinamerika, und hier insbesondere der Conosur, gehören jedoch in vielerlei Hinsicht demselben Kulturkreis an^{vii}. Das trifft insbesondere auf die politischen Eliten zu.

Eine Analyse des Interregionalismus zwischen Europa und Südamerika ohne Berücksichtigung des komplexen Netzwerks von Identitätsverbindungen zwischen Spanien und Lateinamerika wäre unvollständig. Diese Sonderbeziehung fungiert als Fundament für die Beziehung zwischen den beiden Kontinenten. Die spanische Politik in Lateinamerika baute stets auf den

Grundlagen der Identitätspolitik auf und führte zu einem *Spill-over* in den Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika.

Die EU-LAK Konferenz von Madrid führte Spanien vor Augen, wie schwierig eine Verbindung zwischen lateinisch-hispanischem und europäischem herzustellen ist. Hinsichtlich der LA-Beziehungen der EU wurde in Madrid klar, inwieweit sich die Akteure der europäischen Zivilgesellschaft als auch wichtige Vertreter der europäischen politischen Elite mit Lateinamerika als Teil ihrer eigenen kulturellen, politischen und moralischen Welt identifizieren; gleichzeitig wurde auch die Schwierigkeit verdeutlicht, identitätsbedingte Verbindungen zwischen Europa und Lateinamerika in der derzeitigen globalen politischen Ökonomie aufrecht erhalten zu können.

Die Europäer sehen sich heute mit der Politik der innerlateinamerikanischen Subregionalisierung bzw. mit den unterschiedlich ergriffenen Globalisierungsoptionen einzelner Länder und Ländergruppen konfrontiert, so dass eine mit Substanz gefüllte, auf ganz Lateinamerika ausgerichtete europäische Politik - trotz Iberoamerikanischen Gipfeltreffen und trotz der europäisch-lateinamerikanischen Gipfel von Rio de Janeiro 1999 und Madrid 2002- wenig Chancen hat. Symptomatisch hierfür waren die getrennt geführten Assoziierungsverhandlungen mit Mexiko und Chile, die erfolgreich abgeschlossen wurden und andererseits dem Mercosur, mit dem die EU nach wie vor in Verhandlungen steht.

Spanien musste auf europäischer Ebene eine diplomatische Anstrengung unternehmen, um die Verhandlungen mit Chile zu beschleunigen. Die Prioritäten, die Pläne zur technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurden fixiert, um die institutionelle Präsenz der Gemeinschaft in Südamerika zu stärken. Dadurch wurde auch ein Beitrag zur Konsolidierung der Position europäischer Unternehmen im amerik. Subkontinent geleistet.

Die wirtschaftliche Präsenz Spaniens in Iberoamerika ist von großer Relevanz. Ungeachtet dessen, stellt Spanien keinen Anspruch mehr auf Exklusivität oder Präeminenz in seinen Beziehungen zu Lateinamerika und der Karibik. Von spanischer Seite wird vielmehr die grundsätzliche Unterstützung der hemisphärischen Integration betont, ausgehend von der eigenen Erfahrung, i.e.

die positiven Auswirkungen der Integration Spaniens in die europäische Staatengemeinschaft. Spanien ist sich bewusst, dass sein politischer Erfolg als Mitglied der EU auch vom Erfolg europäischer Politik gegenüber Lateinamerika abhängt. Eine gelungende Umsetzung der strategischen Allianz zwischen Europa und Lateinamerika ist für Spanien von großer Bedeutung. Seit dem demokratischen Übergang 1977 konzentrierte sich die spanische Außenpolitik an zwei Grundpfeilern: Iberoamerika und die Integration in den europäischen Staatenverbund. Für Spanien bedeutet der Ausbau der europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen langfristig einen wirtschaftlichen und politischen Erfolg in beiden Regionen.

Wenngleich Lateinamerika in wirtschaftlicher Hinsicht keinen großen Stellenwert in der EU einnimmt, ist die politische Dimension von viel ausschlaggebenderer Natur: Das künftige politische Gewicht Europas hängt zu einem großen Teil von seiner Fähigkeit ab, als Partner oder Vermittler zu und zwischen den Regionen zu fungieren.

Auf dieser Grundlage beruht die besondere Bedeutung Lateinamerikas als strategischer Partner Europas. Die aufstrebenden Demokratien Lateinamerikas sind zunehmend in der Lage, eine aktive Rolle in der internationalen Politik zu spielen und einen eigenständigen Beitrag zum Aufbau einer auf friedlichen und demokratischen Grundwerten basierenden Weltordnung zu leisten. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Staaten der Region ihren in den vergangenen Jahrzehnten eingeschlagenen Weg fortsetzen und zu einer dauerhaften Konsolidierung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher sowie sozialer Entwicklung gelangen. In diesem Prozeß kommt dem Politikdialog mit Europa und hier insbesondere mit Spanien eine herausragende Bedeutung zu.^{viii}

Aussichten

Der *Sustainable Impact Assessment Studie* der Europäischen Kommission zufolge soll das EU-Chile-Abkommen zu einem zusätzlichen Wachstum des chilenischen BNP's um 0,5% p. a. führen und so den Lebensstandard erhöhen.^{ix} Im Bereich der Kooperation soll das Abkommen produktive

Synergien erzeugen und die Wettbewerbsfähigkeit und Innovation fördern. Soziale Entwicklung hat im Gleichklang mit wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz zu erfolgen. Die Stärkung der institutionellen Kapazität ist ein substanzielles Element zur Verankerung von Entwicklung und Handel.

Eine Analyse der spanischen Beziehungen zu Lateinamerika ist insofern von breiterem Interesse, als dadurch das Verhältnis zwischen der Dynamik des Regionalismus und des kulturbezogenen Zivilisationismus beleuchtet wird. Diese beiden Dimensionen sind zwei der prominentesten miteinander konkurrierenden Rahmen, mit denen einige Vertreter der Politikwissenschaft das internationale System der Nachkriegszeit zu erklären versuchen.

Als Mitglied der weltweit am stärksten integrierten Gemeinschaft und gleichzeitig als Land, das den Anspruch auf eine Identifizierung mit einer separaten, durch die hispanische Kultur inspirierten Staatengemeinschaft stellt, ist Spanien ein besonders interessanter Fall, um das Zusammenspiel dieser beiden Organisationskräfte festzumachen. Die Frage ist, welcher Einfluß ergibt sich durch die Partizipation Spaniens am europäischen Integrationsprozess auf seine eigene Lateinamerikapolitik. Die spanische Politik betrachtet diese beiden Bereiche stets als sich gegenseitig bedingend und verstärkend: Je weiter Spanien in die wachsende Dynamik innerhalb der EU integriert ist, umso größer ist die politische und wirtschaftliche Präsenz Spaniens in Lateinamerika. Das trägt wiederum zu einer Stärkung des Gewichts Spaniens innerhalb der EU bei.

Das Manuskript wurde im Januar 04 abgeschlossen.

Fußnoten

-
- i Rouquié, A. (1989): América Latina: introducción al extremo occidente. Mexico City: Siglo XXI
- ii Die Gruppe wurde 1986 von sechs lateinamerikanischen Ländern zur politischen Konsultation gegründet. Mit der außenpolitischen Kooperation im Rahmen der Rio-Gruppe manifestiert sich der neue Regionalismus in Lateinamerika im politischen Bereich. Ziel ist es, die außenpolitische Schlagkraft dieser Staaten vor allem in Hinblick auf die nordamerikanische Dominanz zu erhöhen und infolge von Kollektivdiplomatie dem Subkontinent eine Stimme zu verleihen. Die Erfolge der Rio-Gruppe sind jedoch aufgrund gruppeninterner Divergenzen und nationaler Inflexibilitäten begrenzt und beschränken sich auf allgemeine, deklaratorische Formulierungen ohne bindenden Charakter. Seit 1987 hält die EU jährliche Ministerialtreffen mit der Rio-Gruppe ab, welche in der Deklaration von Rom verankert sind. Eine detaillierte Diskussion der Rio-Gruppe findet sich in S. Schirm (1997): Kooperation in den Amerikas. NAFTA, Mercosur und die neue Dynamik regionaler Zusammenarbeit, Baden-Baden: Nomos; S. 113-117.
- iii Joint Declaration, S.1.
- iv Vgl. Helmut Wittelsbürger, Die Außenwirtschaftspolitik Chiles in den neunziger Jahren, in: Auslandsinformationen 11/03, Konrad Adenauer Stiftung, Sankt Augustin
- v http://europa.eu.int/comm/external_relations/chile/assoc_agr/ma05_02.htm
- vi Vgl. http://europa.eu.int/comm/external_relations/chile/csp/02_06en.pdf, S. 25.
- vii Rouquié, A (1989): América Latina: introducción al extremo occidente. Mexico City: Siglo XXI.
- viii Neue Impulse für bewährte Partnerschaft, unveröffentlichtes Manuskript, Regionalteam Lateinamerika, Konrad Adenauer Stiftung, Sankt Augustin, o. J.
- ix <http://europa.eu.int/comm/trade/issues/global/sia/docs/euchil2.pdf>